

# Calmer Calwblatt

Nr. 302

2. m. s. und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Veröffentlichung: 5mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 28. —  
Donnerstag, den 28. Dezember 1922. Bezahlungsart: In der Stadt mit Trägern, sonst monatlich, Postbezug  
Preis 20. — mit Beleglohn. — Schluß der Abrechnung am 31. d. M.

## Feststellung einer „Verfehlung“ Deutschlands. Nicht genügend Holzlieferungen.

### Zur Reparationsfrage.

#### C'ne neue „Verfehlung“ Deutschlands. Nicht vollständige Holzlieferungen.

Paris, 27. Dezbr. Die Reparationskommission stellte in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig fest, daß Deutschland die für 1922 vorgeesehenen Holzlieferungen nicht vollständig ausgeführt hat. Die Kommission beschloß mit Stimmenmehrheit gegen die Stimme des englischen Delegierten, daß diese Nichtausführung eine Verfehlung im Sinne des § 17 Annex 2, Abschnitt 8 des Friedensvertrags von Versailles darstelle. Die Kommission beschloß ferner mit Stimmenmehrheit bei Stimmenthaltung des englischen Delegierten, die alliierten Regierungen an die Bestimmungen der Reparationsnote vom 21. März zu erinnern, wonach Deutschland, wenn es innerhalb der geforderten Grenzen die Sachlieferungen nicht zur Ausführung bringt, am Schluß des Jahres 1922 gehalten sein soll, die entsprechenden Zusatzziffern in bar zu leisten.

#### Ein offizieller französischer Kommentar über die „Verfehlungen“.

Paris, 27. Dezbr. Die Agentur Havas beschäftigt sich in einer längeren, offenbar beeinflussten Note mit diesen Beschlüssen der Reparationskommission. Nachdem zuerst festgestellt wird, daß es der französische Delegierte Barthou war, der infolge vom Ministerpräsidenten erhaltenen Instruktionen die gestrige Entscheidung herbeiführt habe, heißt es in der Mitteilung weiter, es sei nicht zweifelhaft, daß Poincaré anlässlich der interalliierten Beratungen am 2. Januar seine Kollegen über die Maßnahmen unterrichtete, die die französische Regierung infolge der Verfehlung Deutschlands bei den Holzlieferungen für notwendig erachtete. Diese neue Lage könne übrigens nur die stets von der französischen Regierung unterstützte These bestärken, daß Deutschland kein neues Moratorium ohne sofortige produktive Pfandgabe gewährt werden solle. Nach dieser Richtung schiene sich in der diplomatischen Lage, was mit Befriedigung festzustellen sei, ein Fortschritt zu zeigen. Obgleich man über die endgültigen Absichten Bonar Law's noch nicht vollkommen unterrichtet sei, wisse man andererseits, daß keine Meinungsverschiedenheiten in der Reparationsfrage das Pariser und das Brüsseler Kabinett trennten. Auch aus Rom komme das Gerücht einer progressiven Annäherung des italienischen und des französischen Standpunkts. Nach den letzten Nachrichten werde Mussolini persönlich nach Paris zu kommen trachten, um eine realistische Politik zum Siege zu führen, die den berechtigten Wünschen seines Landes Befriedigung gebe. Der italienische Delegierte in der Reparationskommission, de Ammolio, der Mussolini's vollkommene Vertrauen genieße, arbeite aktiv seit der letzten Konferenz in diesem Sinne. Italien solle der ausschließlichen Kontrolle der Dominialforsten und Staatsgruben des Ruhrgebiets, der Beschneidung der Zollvereine, sowie der Emission einer innerdeutschen Anleihe von drei Milliarden Goldmark, garantiert von Banken und Industriellen, günstig gesinnt sein. Auch sollten interalliierte Sanktionen automatisch erfolgen, wenn Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfülle. Man sehe also, daß die italienische Auffassung keineswegs von der französischen These abweiche, die ebenfalls die Kontrolle des Ruhrgebiets ins Auge fasse, jedoch ohne die Anwesenheit eines Minimums begleitender Truppen zu verlangen, die in Frankreich für notwendig gehalten werde. Havas glaubt weiter darauf hinweisen zu können, daß der Brief, der die Verfehlung Deutschlands der französischen, der britischen, der italienischen und der belgischen Regierung mitgeteilt hat, von Barthou und Delacroix unterzeichnet ist.

#### Der Zweck der Feststellung einer Verfehlung.

Paris, 27. Dezbr. Die gesamte Abendpresse billigt den gestrigen Beschluß der Reparationskommission. Das „Journal des Debats“ sagt, nunmehr sei die Frage der Sanktionen geschlichtet. Der „Temps“ schreibt: Die Verfehlung Deutschlands, die von der französischen Regierung angeklagt wurde, ist nunmehr von der Reparationskommission angezeigt worden. Die französische Regierung muß also schon die Maßnahmen festlegen, die sie ergreifen will, sei es gemeinsam mit ihren Alliierten oder isoliert. Poincaré, der immer eine gemeinsame Aktion einem isolierten Vorgehen vorzieht, wird aber nicht darauf verzichten können zu handeln und den Plan sofort mit den alliierten Regie-

rungen zu besprechen. Er wird der Pariser Konferenz Maßnahmen zur Kenntnis bringen, die er anzuwenden gedenkt. Der „Temps“ weist darauf hin, daß allein der britische Delegierte in der Reparationskommission gegen die Feststellung der Verfehlung Deutschlands im Sinne des § 17 gestimmt hat. Der erste Beschluß in der gestrigen Abstimmung stelle die Nichtausführung von Deutschland übermittelten Aufträgen fest. Warum aber habe der britische Delegierte für den ersten Beschluß gestimmt und gegen den zweiten? Man könne kaum glauben, daß er die Billigung seiner Regierung finden werde.

London, 27. Dezbr. (Wolff.) Ueber die gestrige plötzliche Einberufung der Reparationskommission, auf deren Sitzung die französischen Delegierten eine Mehrheit von drei Stimmen gegen eine die des englischen Delegierten (Brabury) zu Gunsten einer Erklärung erhielten, daß Deutschland in den Holzlieferungen vorsätzlich im Verzuge sei, schreibt der Pariser Berichterstatter der „Times“, die Bedeutung einer solchen Erklärung am Vorabend der Pariser Konferenz trete sofort zu Tage. Brabury beabsichtigte, wie verlautet, gestern um Mitternacht nach London abzufahren. Es könne jetzt für Frankreich möglich sein, mit dieser Entscheidung bewaffnet, gegenüber Deutschland allein vorzugehen. Man sei gezwungen, in diesem Schachzuge einen taktischen Vorteil zu sehen, der von den Franzosen ergriffen worden sei. Die Folgen könnten beträchtlich sein. Der tatsächliche Wert, um den es sich bei dem Verzuge handele, betrage zwei Millionen Goldmark, was eine äußerst geringe Summe sei, verglichen mit den Gesamtforderungen an Deutschland. Es entstehe die Frage, ob in Wirklichkeit ein Bruch vorliege, der Deutschland unter die allgemeinen Strafbestimmungen des Vertrages bringe.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph“ sagt, am Vorabend der Zusammenkunft der alliierten Premierminister zur Erörterung der gesamten Reparationslage werde jetzt ein Vorwand vorhanden sein, falls irgendwelche alliierten Mächte dies wünschen sollten, eine Aktion gegen Deutschland zu unternehmen. Die Bedeutung der gestrigen Entscheidung der Reparationskommission liege vor allem darin, daß, wenn die alliierten Premierminister nächste Woche in Paris zusammenkommen, jede etwaige Forderung nach einer Aktion gegen Deutschland, die Frankreich stellen würde, nach der französischen Ansicht durch die vorherige Verzugserklärung Deutschlands durch die Reparationskommission gerechtfertigt wäre.

#### Und immer wieder das Ruhrgebiet.

Paris, 27. Dezbr. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, ist es möglich, daß die englische Regierung der französischen Regierung bald Gegenvorschläge in der Reparationsfrage unterbreiten wird. Das Blatt erklärt, Bonar Law scheine den lebhaften Wunsch zu haben, zu einer Verständigung mit der französischen Regierung zu gelangen. Aber, könne man jetzt auf die Anwendung des Grundgesetzes: „Kein Moratorium ohne Pfänder“ verzichten? Die Sachverständigen hätten einmütig anerkannt, daß die Pfänder, deren man sich auf dem linken Rheinufer bedienen könnte, von mittelmäßigem Werte und sehr un bequem zu verwalten seien. Man könne also auf dem linken Rheinufer nur einen moralischen Druck ausüben. Damit dieser Druck eine nützliche Wirkung auf das deutsche Volk ausübe, müsse man eine Trennung der Rheinlande von dem Reich vornehmen. Das sei ein sehr schwieriges Unternehmen angesichts der schwachen französischen Bevölkerung und angesichts der Anwesenheit der Engländer und Amerikaner sowie angesichts des Rheinland-Abkommens vom 28. Juni 1919, das die alliierte Besatzung regelt. Es werde sich also mehr um eine Sanktion als um Pfänder handeln. Wie könne man aber eine Sanktion nehmen, wenn man durch die Reparationskommission noch nicht die beabsichtigte Verfehlung Deutschlands auf Grund der Paragraphen 17 und 18 des Artikels 2, Abschnitt 8 des Friedensvertrags festgestellt habe? Der Eintritt in das Industriegebiet gestatte eine wirkungsvollere Reparation. Wenn man sich einmal dort festgesetzt habe, so genüge es tatsächlich, den Finger auf die Organismen zu legen, um 1. die 40prozentige Wohnsteuer zu erheben und um 2. die Kohlen unter den verschiedenen Gegenden und nach den verschiedenen wirtschaftlichen Spezialitäten zu verteilen. Bei der außerordentlich zentralen Organisation des Ruhrgebiets habe auch die geringste Geste weittragende Bedeutung. Es könnten also durch außerordentlich ein-

## Neueste Nachrichten.

Die Beschäftigungen zwischen Reparations- und Orientfrage treten wieder in Erscheinung. Die Türken und Russen zeigen sich fest gegen die Ententesforderungen, und schon spüren wir den festeren Druck der Alliierten in der Reparationsfrage. Die Franzosen haben es nun endlich fertig gebracht, die anderen Mitglieder der Reparationskommission zu dem Beschluß einer „Verfehlung“ Deutschlands in bezug auf die Holzlieferungen zu bestimmen. Mit Ausnahme des englischen Delegierten hat die Reparationskommission festgestellt, daß Deutschland die vorgeschriebenen Holzlieferungen nicht vollständig ausgeführt habe, und es wurde beschlossen, Deutschland aufzufordern, daß es bis 1. Januar dafür Barleistungen macht. Werden also diese Barleistungen ebenfalls nicht gemacht, so wird eine „absolute Verfehlung“ konstruiert, und Frankreich wird damit von den Alliierten das „Recht“ zuerkannt, Zwangsmassnahmen gegen Deutschland zu ergreifen. Wie aus den Neuierungen der französischen Presse hervorgeht, bleibt Frankreich unentwegt auf der Forderung der Befehung des Ruhrgebiets bestehen. Man scheint auch der Unterstützung seitens Belgiens und Italiens sicher zu sein, und England wird, mit moralischer Gebärde — „nachgeben“. Wir sehen, der Druck, der jetzt auf Deutschland geplant ist, wird gewaltig sein, und umso fester werden wir im Innern uns zusammenschließen müssen, um ihm zu widerstehen. Diesmal wird es hart auf hart gehen.

Auch in der Orientfrage treiben die Alliierten, — hier ist England am meisten interessiert — ihre Raub- und Ausbeutungspolitik weiter. Das reiche Mesopotamien soll dem Einfluß der Türkei vollständig entzogen werden. Außerdem will man durch Begünstigung der Christen und Araber die türkische Souveränität unterhöhlen. Die Türken setzen vorläufig diesen Absichten noch kräftigen Widerstand entgegen, und werden dabei von den Russen fest unterstützt. Aber schon hat man wieder die Griechen überredet, daß sie sich aufs neue für die Alliierten einsetzen sollen, und die Alliierten selbst stehen gleichfalls in Bereitschaft. Man muß also jeden Tag auf ernste Resultate gefaßt sein.

Amerika hält sich in allen Fragen wie bisher „neutral“, d. h. es sucht nur seine Vorteile, ohne dabei die geheime Verbindung mit den Alliierten aufzugeben.

Auch die Marokkofrage soll jetzt grundsätzlich behandelt werden. Nachdem man die Spanier bisher für ihre Neutralität im Weltkriege durch Zulassung von Ausländern in ihrem Gebiet bestraft hatte, will man anscheinend nun mit ihnen verhandeln, um sie ebenfalls in den Ententetrust hereinzubekommen.

schwere Mittel große Erfolge erzielt werden. Bei den Engländern und Amerikanern sei das Ruhrgebiet bereits etwas geworden, das Widerstand und Entsetzen hervorruft. Am dem Tage, an dem Bonar Law und die englische Regierung endgültig Stellung gegen die französische Politik nehmen wollten, sei es besonders erklärlich, den Wunsch auszusprechen, daß sie Deutschland so sehen möchten, wie es in Wirklichkeit ist.

#### Die Besprechungen innerhalb der französischen Regierung.

Paris, 25. Dezbr. Die gestrige interministerielle Konferenz scheint sich nach „Petit Parisien“ wiederum mit dem Reparationsprogramm beschäftigt zu haben, das die französische Regierung am 2. Januar vorzulegen gedenkt. Vor der letzten Londoner Konferenz habe eine ähnliche Besprechung stattgefunden, um ein Gesamtprogramm vorzubereiten. Dieses Programm habe außer der Pfandnahme eine Reihe von Reformen enthalten, die Deutschland während der Dauer des Moratoriums unter Ueberwachung des Garantiausschusses, den ein Bankierkomitee unterstützen sollte, durchzuführen haben würde. Eine eventuelle Befehung des Ruhrgebiets hätte nur den Zweck, Deutschland zeitweise ein Regime aufzuzwingen, ähnlich dem, das der Völkerverbund jetzt in Oesterreich organisiert. Marshall Foch habe in einer Beratung im Elysée den Auftrag erhalten, gewisse Pläne über die Ruhrbefehung auszuarbeiten. Anscheinend sei gestern über ein genaues Programm noch nicht verhandelt worden. Die Beratung habe vielmehr ergeben, daß gewisse Fragen, namentlich die Fragen neuer Gebietsbefehungen auf dem rechten Rheinufer, in der Schwere bleiben müßten. Es sei auch offenbar noch nicht klar, wie man mit den Alliierten und mit Amerika den Abschluß einer internationalen Anleihe beschleunigen solle, auf

ort. Es wird mit  
hweifelhaftem An-  
Futterpreisen: im  
Markt pro Zentner  
rentabel.

Wetter rigost und  
ngen und Beeren-  
e kann man Spinat  
man schon Möhren  
stten mit Aspufun

iben gelodert und

stige Stallwärme,  
durch warme Stal-  
gehrt. Das Tränk-  
u kaltes Tränken  
rsacht; auch wird  
chtigt. Zu starkes  
lesem Monat viel  
ucht die größte  
vor Erfüllung.  
hürpif. Besonders  
l, da gerade hier  
as in den ersten  
ngleiches verläumt  
t gemacht werden.  
als nur eben mög-  
Rücklage, die einen

Räfte sehen; das  
n. Manches gute

noch viel mehr  
re noch Millionen  
ucht in wertvolle  
ufende und Übers-  
e Hühner, Kanin-  
e Lage verbessern,  
und schimpft lieber  
eiten anzupassen.

mann Calw.  
ederet Calw.

ihren

il auf  
noch in  
erhöhen.

nschaft  
be Calw.

Stuttgart

hön und gut.

mann, Leder-  
fir. 91

arker  
und

zugelaufen.

en innerhalb 2 Tagen  
uttergeld und Ein-  
gebüß bei

Dr. Kuntze.

er-Geschäft

gerichtet. Laden nicht  
für Warenlager 100  
000 Mk. erpörrlich,  
unter D. C. 8920  
stf. Wofse, Dresden.

neue

igschleuder

t zu kaufen.

mann, Gartenstr.

neue

is-Säge

ggestellt) verkauft  
Kreuter, Schmied-  
er, Stammheim.

ute Milch-

ege

Wer, sagt die Ge-  
lle dieses Blattes.

Kaufe

elle aller  
Art

Jakob Elerhardt,  
Badstraße 342.

Grund bereit Deutschland nach Stabilisierung der Markt Zählungen leisten könne. Die französische Regierung scheine also das Reparationsproblem immer noch nach allen Richtungen zu prüfen, ohne zu einer bestimmten Stellungnahme gekommen zu sein. — „M a t i n“ drückt sich etwas positiver aus und sagt, die französische Regierung wolle alle Einzelheiten eines Ausbeutungsplanes für das linke Rheinufer, vervollkommen durch Errichtung einer Zolllinie, die das Rheinland vom Ruhrbecken und dem übrigen Deutschland trennen solle, ausarbeiten. Frankreich sei daran gelegen, daß dieser Plan als das zu erkennen sei, was er sein solle, nämlich als produktive Pfandnahme und nicht als eine militärische Expedition, durch die man das Gebiet annekieren wolle. Die Forderungnahme des Heeres werde auch nur in dem Maße erfolgen, in dem sie zum Schutz der mit der Kontrolle der Domaniälgüter und Zolleinnahmen beauftragten Beamten notwendig sei. Das Blatt behauptet, die englische Regierung sei nicht weit davon entfernt, einer Zollgrenze um das Ruhrgebiet zuzustimmen, ja sogar sich eines Tages tätig daran zu beteiligen, wenn die Maßnahme sich nach einem neuen Ultimatum als nötig erweisen sollte. — Nach „Echo de Paris“ wird die Ausarbeitung der Entente entwickelten Gedanken den größten Teil dieser Woche in Anspruch nehmen.

### Der belgische Außenminister ebenfalls für Garantien.

Brüssel, 28. Dezbr. Im Senat erklärte gestern der Minister des Aeußern, Japser, unter Hinweis auf die anfangs Januar in Paris stattfindende Konferenz: Es ist unmöglich, Deutschland ein einfaches Moratorium zu gewähren. Die belgische Regierung wird ihm nicht zustimmen. Hinsichtlich der Garantien möge der Senat dem Ministerpräsidenten und mir Vertrauen entgegenbringen. Kein Leiter einer alliierten Regierung hat sich über diesen Punkt genau auslassen wollen. Ich würde gegen die Pflichten meines Amtes verstoßen, wenn ich nicht ebenso Stillschweigen beobachtete. Wir messen dem Umstand den größten Wert bei, daß die Maßnahmen, die in Paris getroffen werden, auf Grund eines Abkommens zwischen allen Gläubigern geschlossen werden. Die Pariser Konferenz erscheint in einer günstigen Atmosphäre. Ich hoffe, daß es gelingen wird, auf ihr eine Regelung zu treffen, welche die Interessen der alliierten Nationen und die Lage aller Gläubiger Deutschlands sicherstellt.

### Protest der französischen Kommunisten gegen Voicars' Raubpläne.

Paris, 27. Dezbr. Die französische kommunistische Partei hat beschlossen, am 3. Januar eine große öffentliche Versammlung abzuhalten und im Hinblick auf die Reparationsfrage gegen die Ruhrbesetzung zu protestieren und für internationale Solidarität einzutreten.

### Amerika und die alliierten Kriegsschulden.

Newyork, 27. Dezbr. Wie Reuter aus Washington meldet, richtete der Bankier Kahn an das Mitglied der Schulden-Fundierungskommission, Senator Smoot, einen Brief, in dem er nachdrücklich für die Annullierung eines Teiles der Schulden der Alliierten oder für die Herabsetzung der zu zahlenden Zinsen eintritt. Bezüglich Großbritannien schlägt Kahn vor, einen jährlichen Tilgungsfond von 1/2 bis 1 Prozent zu schaffen, wodurch die Schuld in 47 Jahren beseitigt würde. Außerdem schlägt er vor, daß der Zinssatz für die erste Periode von 8 Jahren 2 Prozent, für die 2. Periode 2 1/2 Prozent und für die letzte Periode von 7 Jahren 4 Prozent betragen soll.

### Das goldüberjättigte Amerika.

London, 27. Dezbr. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Newyork: Die Wallstreet erhielt offizielle Washingtoner Berichte, wonach Amerika bald damit beginnen werde, einen Teil seiner großen Goldreserve auszuführen, da anerkannt werde, daß es für alle in Betracht kommenden besser sein werde, wenn der Goldvorrat gleichmäßig verteilt werde. Die Nationen, die die ersten Sendungen erhalten würden, würden wahrscheinlich diejenigen sein, deren Währungen in London über pari oder in Newyork auf pari oder beinahe an pari notiert werden, z. B. Holland, Schweden und Japan.

### Die Besprechungen in Berlin.

Berlin, 27. Dezbr. Die Vorbereitungen der Reichsregierung mit den Sachverständigen sind in der Hauptsache zum Abschluß gekommen. Irgend etwas Endgültiges steht indessen noch nicht fest. Gegenwärtig finden Beratungen innerhalb der Reichsregierung über die Frage statt, was angesichts der bevorstehenden Pariser Konferenz unternommen werden soll. Die Schritte, die die Regierung tun wird, hängen, den Blättern zufolge, von der Entwicklung der Lage ab. Es wird betont, daß nur ein ganz kleiner Kreis von Mitgliedern der Regierung mit entscheidenden Entschlüssen beauftragt sei. Für die nächsten Tage sei eine Besprechung mit den Gewerkschaftsmitgliedern vorgesehen. Ein heutiges Morgenblatt bringt diese mit der Reparationsfrage in Verbindung, mit der sie nichts zu tun hat. Es wird als Gegenstand der Beratung die teilweise Beseitigung des Aktienbörsetags angegeben, die bei den Sachverständigenberatungen von der Industrie gefordert worden sei. — Der „Germania“ zufolge haben bei den Sachverständigen-Besprechungen derartige Erwägungen keine Rolle gespielt.

### Die Konferenz in Lausanne.

#### Die Minderheitenfrage.

Lausanne, 27. Dezbr. Die heutige Sitzung des Ausschusses für Minderheitenfragen brachte nicht den geringsten Fortschritt, da die Türken weiter die Zulassung eines Völkerverbundkontrolleurs und die militärische Befreiung der Christen vorwegern. Diese und die anderen Fragen werden nunmehr von den juristischen Sachverständigen bearbeitet.

### Der englisch Anspruch auf Mossul.

Lausanne, 27. Dezbr. Die englische Abordnung antwortete heute auf die letzte türkische Denkschrift über die Mossulfrage. Auf Grund eingehender ethnographischer, historischer, wirtschaftlicher und strategischer Argumente weist sie die türkischen Darlegungen zurück und betont vor allem, daß, nachdem am Ausgang eines siegreichen Krieges die englischen Truppen das Gebiet von Mossul besetzt hätten, sie unter keinen Umständen die Bewohner wieder der türkischen Herrschaft ausliefern könnten. Das Gebiet gehöre zum Königreich Irak, über das England ein Mandat vom Völkerverbund erhalten habe. Alles was England zugestehen könne, sei eine leichte Grenzregulierung im Norden. — Mossul hat große Petroleumquellen, die die Engländer ausbeuten wollen. Man sieht, mit welcher Brutalität die Entente ihre Raubansprüche vertritt.

### Der türkische Standpunkt in der Mossulfrage.

Lausanne, 27. Dezbr. In ihrer Antwort auf das englische Memorandum in der Mossulfrage betonen die Türken, daß das Vilajet Mossul der Türkei gehöre; eine große Anzahl von Dörfern um Mossul sei türkisch und von den von Mossul direkt abhängigen Dörfern seien 77 Ortschaften zum größten Teil von Türken bewohnt. Das Memorandum erklärt dann weiter, daß die Kurden freiwillig zur türkischen Verwaltung übergegangen und seit Jahrhunderten mit der Türkei vereinigt seien und machten dann historische und wirtschaftliche Gründe zur Zurückführung von Mossul an die Türkei geltend. Die Stadt und das Vilajet Mossul seien von besonderer Wichtigkeit für den Handel und Verkehr, weil sie an der Kreuzung der Straßen sich befinden, die Anatolien mit Syrien, Irak mit Persien verbinden. Durch den Bau der Bagdadbahn, die den Türken so viel Geld gekostet habe, sei die Gegend von Mossul vom wirtschaftlichen Standpunkt aus enger denn je mit Anatolien verbunden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse auch denjenigen Gebieten zugute kommen, die in der Mehrheit von Arabern und Türken bewohnt, und die nach dem Abschluß des Waffenstillstandes unter fremder Besetzung verblieben seien. Zusammenfassend sagt das Memorandum am Schluß nochmals, daß das Vilajet aus ethnographischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gründen einen Bestandteil der Türkei bildet, und daß die Regelung unter fremder Besetzung der türkischen und kurdischen Mehrheit dieses Vilajets eine große Gefahr für die künftigen nachbarlichen Beziehungen bedeute und ebenso für den Frieden, wenn Mossul außerhalb der türkischen Grenze bleiben würde, so werde der Süden von Anatolien großen Gefahren ausgesetzt sein und den Verkehr zwischen den verschiedenen Teilen der Türkei hindern.

### Rußlands Außenpolitik.

#### Der Rapallovertrag. — Die Meerengenfrage.

Moskau, 28. Dezbr. (Russ. Tel.-Ag.) Gestern wurde der russische Botschafter mit einem Bericht eröffnet, in dem erklärt wird, daß die Schaffung des Bundes der Sowjetrepubliken, die die Aufgabe des gegenwärtigen Kongresses darstelle, den Abschluß des Bürgerkrieges bilden solle. Kamenev betonte zur auswärtigen Politik Sowjetrußlands, daß die Zeit vorüber sei, wo Ausland gezwungen gewesen sei, jedweden Vertrag zu unterzeichnen. Rußland gehe nur noch solche Abkommen ein, die seinen staatlichen und wirtschaftlichen Interessen entsprächen. Als Muster eines solchen könne der Vertrag von Rapallo gelten. Rußland habe den Vertrag mit Italien abgelehnt, weil die Sowjetregierung in ihm nicht voll anerkannt werde. Die Konferenzen von Genua und Haag seien erfolglos verlaufen, weil der von den Mächten für die Anerkennung der Sowjetregierung geforderte Preis den Interessen Rußlands zuwiderliefe. Die Erfolglosigkeit dieser Konferenzen habe aber Rußland nicht isoliert, wie u. a. der Abschluß des Vertrags von Rapallo beweise. Die Lausanner Konferenz bezeichne Kamenev als Duell zwischen England und dem Bund der Sowjetrepubliken. Diese Duelle würden auf dem Rücken des türkischen Volkes ausgefochten. Man wolle die türkische Regierung dort zwingen, Friedensbedingungen zu unterschreiben, die die Siege des türkischen Volkes vollständig wertlos machen würden. Das Sowjetprogramm wolle die Freiheit des Schwarzen Meeres und der Meerengen für die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands erhalten und die Meerengen und Konstantinopel unter die souveräne Herrschaft der Türkei gestellt sehen. Unter Dokumenten, die einer feindlichen Flotte freien Zutritt zu den Ufern des Schwarzen Meeres geben würden, könne die Sowjetregierung nicht ihre Unterschrift setzen.

### Neue militärische Vorbereitungen Griechenlands!

Paris, 27. Dezbr. Die „Liberte“ weist darauf hin, daß einige Nachrichtenagenturen seit 24 Stunden gewisse militärische Vorbereitungen Griechenlands ankündigen. So drachte man aus Salonik, der hellenische Generalstab ziehe in Westthrazien bedeutende Streitkräfte zusammen.

### Die marokkanische Frage.

Madrid, 27. Dezbr. Die Regierung veröffentlicht ein Communiqué, worin mitgeteilt wird, daß der Ministerrat am Montag die Einstellung der militärischen Aktion in Marokko und die Abberufung Burguetes aus Marokko beschlossen habe. Ferner wird darin mitgeteilt, daß Villanueva zum Zivilkommissar ernannt wurde, der dem Militärkabinett zugeteilt werden soll. Die Wichtigkeit des Protektors in Marokko wird besonders betont.

Paris, 27. Dezbr. Das „Petit Journal“ kündigt an, daß die britische Regierung die Absicht habe, den alliierten Regierungen vorzuschlagen, im Laufe der am 2. Januar beginnenden Beratungen auch die Frage von Tanger zu besprechen.

### Die indische Unabhängigkeitsbewegung.

London, 27. Dezbr. Nach einer Meldung aus Gaya ist dort der indische Nationalkongress in Anwesenheit von 4000 Vertretern eröffnet worden. Der Präsident wachte

in seiner Eröffnungsrede vor Gewalttätigkeiten gegen die englische Herrschaft und sagte, die Forderung Indiens, ihm die Selbstverwaltung zu gewähren, müsse in praktischer Form verwirklicht werden.

### Deutschland.

#### Anfragen der Gewerkschaften

#### an die Reichsregierung.

Berlin, 28. Dezbr. Anlässlich der Besprechungen der Regierung mit den Gewerkschaften, die laut „Vorwärts“ am Freitag stattfinden soll, haben die Gewerkschaften fünf Fragen gestellt, die u. a. Auskunft verlangen, inwieweit bei der kommenden Brotpreiserhöhung ein Lohnausgleich auch in der Privatindustrie geschaffen werden soll. Ferner wird gefragt, inwieweit die Regierung dafür sorgt habe, daß die inneren wirtschaftlichen Maßnahmen in den Kreisen der Wirtschaft keinen Widerstand finden und inwieweit die Regierung bereit sei, Sachverständige aus den Reihen der Gewerkschaften zu hören. Weiter wird Auskunft verlangt, ob die Regierung bereit sei, die Ungerechtigkeiten des Reichseinkommensteuergesetzes insbesondere für die Lohnsteuerpflichtigen bei den Ergänzungsentwürfen zum Reichseinkommensteuergesetz auszugleichen. Zum Schluß wird Auskunft gefordert über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zur Bekämpfung des Wuchers.

#### Der Getreidemlagepreis.

Berlin, 28. Dezbr. Der Preis für das dritte Sechstel der Getreidemlage ist am 20. Dezember 1922 festgesetzt worden für Roggen auf 165 000 Mark, für Weizen auf 180 000 Mark, für Gerste auf 150 000 Mark und für Hafer auf 140 000 Mark je Tonne. Um den Landwirten schnellstmöglich zu dem von ihnen dringenden Geld zu verhelfen, ist die Reichsgetreidestelle angewiesen worden, den Kommunalverbänden für das von ihnen auf das dritte Sechstel bereits abgelieferte Getreide, das bislang nur auf Grundlage des Preises für das erste Umlagedrittel abgerechnet werden konnte, sofort den Unterschiedsbetrag zwischen den neuen Preisen und den für das erste Drittel in bar auszuzahlen. Die Reichsgetreidestelle hat die Zahlungen für einen großen Teil bereits geleistet und wird es für den Rest in den nächsten Tagen tun. Die Kommunalverbände sind dadurch in den Stand gesetzt, die Landwirte mit ihren Ansprüchen für Nachzahlung für das dritte Sechstel unverzüglich zu befriedigen. Die Reichsregierung legt den größten Wert darauf, daß die Landwirtschaft den Gegenwert für ihre Ablieferungen unverzüglich erhält.

#### Die Abbaupläne

#### bezüglich der Reichseisenbahnverwaltung.

Berlin, 28. Dezbr. Die starke Belastung der Wirtschaft durch die Reichsbahnverträge, die zur Erhaltung des Gleichgewichts in Einnahmen und Ausgaben erforderlich ist, verlangt, wie in der Öffentlichkeit anerkannt wird, auch durchgreifende Maßnahmen in Ersparnissen an Material und Personal. Die durch eine große Indiskretion in die Presse gelangte Mitteilung über einen Abbau von 25 000 Beamten und Arbeitern ist in den Einzelheiten noch keineswegs festgelegt, doch entspricht ein derartiger Abbau den Absichten des Reichsverkehrsministers. Selbstverständlich sollen von dem Abbau nicht diejenigen Teile des Unternehmens betroffen werden, bei denen die nötige Arbeitsintensität erzielt ist, sondern es sollen die noch vorhandenen unproduktiven Kräfte erfasst werden. Der Abbau wird sich nicht nur auf Arbeiter, sondern auch auf solche Teile der Beamten erstrecken müssen, die erst verhältnismäßig kurze Zeit als Beamte angestellt sind und bei denen noch kein unumkehrbares Verhältnis vorliegt. Die Einzelheiten der noch zu treffenden Maßnahmen werden in den ersten Januartagen mit dem Hauptbetriebsrat und dem Hauptbeamtenrat erörtert werden. Diese sind von den Absichten der Verwaltung, wonach das seit fast zwei Jahren eingeleitete Abbauprogramm unter allen Umständen weitergeführt werden muß, bereits in Kenntnis gesetzt.

#### Weitere Erhöhung der Postgebühren.

Berlin, 28. Dezbr. In Ergänzung der Meldung über eine abermalige 100prozentige Erhöhung der Postgebühren zum 15. Januar 1923 berichten die Blätter, eine weitere Erhöhung der Fernspreckgebühren soll nicht vorgenommen werden. Neu geplant sei die Abführung einer sogenannten Abgabegebühr für Pakete und die Einführung des Dreiklo-Pakets. — In einer Denkschrift, die der Reichspostminister seinen Vorschlägen beigelegt hat, wird das Defizit der Reichspostverwaltung für 1923 auf 385,6 Milliarden Mark beziffert. Bis zum 31. März 1923 sollen 12 000 ständige Dienstposten eingezogen werden. Im Verlauf der letzten beiden Jahre sind bereits 40 000 Personen entlassen worden.

#### Auflösung einer verbotenen Organisation in Mannheim.

Mannheim, 27. Dezbr. Unter der Beschuldigung des Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik wurden am vergangenen Samstag hier, laut „Volksstimme“, 20 junge Leute verhaftet, die einem vor kurzem gegründeten angeblichen Turnverein, bezw. seiner Scharabteilung, angehörten. Das beschlagnahmte Vereinsmaterial, Schriftstücke und 2 Gewehre mit Munition rechtfertigten, nach dem genannten Blatt, den Verdacht, daß es sich um eine verbotene Vereinigung handelt. Von den Verhafteten sind bereits einige wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

#### Schweres Schiffsunglück auf der Oder.

Glogau, 27. Dezbr. Ein schweres Schiffsunglück ereignete sich am ersten Feiertag vor der Oberbrücke in Neusalz. Ein talwärtsfahrender, mit Kohlen beladener Oderkahn stieß an die Brücke und sank sofort. Ein zweites Schiff, das bald darauf das Durchfahrtsloch passierte, sank ebenfalls an der gleichen Stelle.

Die Tagung...  
30)  
Justiz...  
als einer...  
Herzklopf...  
gönnte...  
ben Nah...  
gereifte...  
her Zug...  
sie jetzt...  
war, den...  
Jugend...  
des Bes...  
schlanke...  
Gestalt...  
zu den...  
vollen...  
Erhard...  
gedacht...  
Wort, da...  
ihm in...  
Tisch. G...  
Scherz...  
gen, wie...  
schönen...  
gleichm...  
lichkeit...  
nach dem...  
„So ist...  
Ob nu...  
paßte, be...

keiten gegen die  
Indiens, ihm  
in praktischer

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. Dezember 1922.

### Weihnachten im Bezirkskrankenhaus.

Im Bezirkskrankenhaus fand am vergangenen Donnerstag eine stimmungsvolle Weihnachtsfeier statt. Nach einigen Chören und der Schriftlesung hielt Stadtpfarrer Lang eine sinnige Ansprache in Anlehnung an das Kinderlied „Alle Jahre wieder“. Der Schwesternchor war durch gute Frauenstimmen aus der Stadt verstärkt; unter der bewährten Leitung von Hauptlehrer Nischele wurden die alten Weihnachtslieder, mit teils naive-herzlichem Text, ausdrucksvoll gesungen. Die Herren Nischele (Hornium), Otto Pfau (Geige) und Georg Wagner (Geige) spielten mit seelenvollem Vortrag ein Arioso von J. N. Hummel (Zeitgenosse von Haydn) und ein Andante von Schubert, die beide liebliche Weihnachtsstimmung atmen. Von Insassen des Krankenhauses wurden einige hübsche Gedichte und ein Zwiegespräch vorgetragen. Im Namen der Kranken sprach Stadtpfarrer Lang den Dank für die gute Pflege und die Freude über die Wiedergenesung der beiden ordnenderen Ärzte Dr. Autenrieth und Dr. Metzger aus. Der Gabentisch war überraschend reichlich gedeckt. Auch aus den Bezirksorten waren viele Gaben zugeflossen. Viele Gäste aus der Stadt waren bei der gefungenen und eindrucksvollen Feier zugegen, die den Kranken wie den Gästen eine große Freude bereitet hat, und damit auch den bescheidenen Mitwirkenden wie den gütigen Spendern.

### Calwer Bezirksverein Stuttgart.

Aus allen Teilen der Stadt kamen die Landleute im Weihenburgeraale zusammen, um das Weihnachtsfest im Sinne der Liebe und Anhänglichkeit miteinander zu begehen. Auch in diesem Jahre bildete die Kinderbescherung den Hauptzweck und so konnten dank des opferbereiten Zusammenstehens der Mitglieder und durch die überaus reiche Obgabe von liebestätigen Bewohnern unseres Schwarzwaldstädtchens Holzbrunn circa 70 Kinder mit schönen Gaben erfreut werden. Musikalische und theatralische Vorträge verschönerten das Beisammensein. Dr.

### Erklärungen der deutschen Preisprüfungsstellen zur Wirtschaftsnot des Volkes.

Die Gesamtheit der Preisprüfungsstellen hat auf ihrer Tagung in Hannover zu den Fragen der Bekämpfung der Mißstände im Kartellwesen, zu der Frage der Anfertigung der Wiederbeschaffungskosten bei der Preisbildung und zu der Frage der Lebensmittelerzeugung der Bevölkerung folgende Entschlüsse angenommen: 1. Die sprunghafte Entwertung der Mark erhöht die Not der Massen von Tag zu Tag. Die Preisprüfungsstellen sind bestrebt, insbesondere durch Hintanhaltung der Preisüberforderungen der Landwirtschaft, Handel und Gewerbe der Allgemeinheit den von ihr mit Recht verlangten Schutz zu gewähren. Wie in den anderen Berufszweigen sind auch bei Verbänden (Kartellen) schwere Mißstände hervorgetreten, deren Beseitigung bei der überwiegenden Bedeutung der Kartelle für das ganze Wirtschaftsleben eine Lebensfrage für das ganze Volk und seinen Fortbestand ist. Dies verlangt nach der einstimmigen Auffassung der Preisprüfungsstellen, daß die Verbände zur Erkenntnis ihrer großen Verantwortung durchdringen und den Willen zur Beseitigung von Mißständen betätigen. Von einer den Interessen der Gesamtheit des Volkes Rechnung tragenden und nicht nur privatwirtschaftlich eingestellten Politik der Verbände wird es abhängen, ob die Volkswirtschaft weiter besteht oder zusammenbricht. Organisationen von der Macht der Verbände sind in eine öffentliche Verantwortung hineingewachsen und haben damit auch eine öffentliche Aufgabe gegenüber dem Volk, die sie in Zusammenarbeit mit den Behörden erfüllen müssen. Die in Gegenwart des Reichswirtschaftsministeriums versammelten Preisprüfungsstellen halten es für erforderlich, diese Verantwortung in ihrer ganzen Schwere einmütig festzustellen. Die Reichs-

regierung wird aufgefordert, darauf zu achten, daß das Verhalten der Verbände dieser schweren Verantwortung entspricht. Andern Falls sind unverzüglich Maßnahmen zu treffen, die die Behörden in Stand setzen, den Schutz gefährdeter Interessen wahrzunehmen. 2. Die Preisprüfungsstellen lehnen die Anlehnung des Wiederbeschaffungspreises ab. Sie erkennen nach wie vor an, daß die Geldentwertung bei der Berechnung der Verkaufspreise berücksichtigt werden muß. Der auf normaler Marktlage beruhende Marktpreis ist als entscheidender Bewertungsmaßstab für die Angemessenheit des Gewinns anzuerkennen. 3. Die Preisprüfungsstellen halten die Entwicklung der Milchpreise mit Rücksicht auf die Volksgesundheit, insbesondere die Gesundheit der heranwachsenden Jugend, für außerordentlich gefährdend. Sie erachten es für dringend notwendig, daß sofort in Zusammenarbeit mit dem Reichsernährungsministerium Maßnahmen erwogen werden, die geeignet sind, diese Gefahr abzuwenden. 4. Die Einfuhr von Gefrierfleisch ist zu fördern, um einer unter dem Einfluß ungenügenden Angebotes eingetretenen übermäßigen Erhöhung der Inlandsfleischpreise entgegenzuwirken.

### Bewertung der Sachbezüge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab werden in Württemberg und Hohenzollern für den Steuerabzug vom Arbeitslohn veranschlagt: die freie Unterkunft und Verpflegung bei männlichen Arbeitnehmern 300 M für den Tag, 2000 M für die Woche und 9000 M für den Monat, bei weiblichen Arbeitnehmern 240 bezw. 1600 bezw. 7000 M; die freie Verpflegung ohne Wohnung bei männlichen Arbeitnehmern mit 285 M für den Tag, 1900 M für die Woche und 8550 M für den Monat, die freie Wohnung samt Heizung und Beleuchtung mit 15 bezw. 100 bezw. 450 M.

### Ermäßigung beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Ab 1. Januar 1923 ermäßigt sich der Steuerabzug von 10 Proz. des Arbeitslohnes für den Steuerpflichtigen selbst bei Monatslohn um 200 M, bei Wochenlohn um 48 M und für den Arbeitslohn um 8 M, für die Ehefrau ebenfalls um 200 bezw. 48 bezw. 8 M, für jedes minderjährige Kind um 1000 bezw. 240 bezw. 40 M und für die sogenannten Werbungskosten um 1000 bezw. 240 bezw. 40 M. Außerdem kann das Finanzamt auf Antrag den Ermäßigungsbeitrag noch erhöhen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die Abzüge den Betrag von 120 000 M im Jahr um mindestens 10 000 M übersteigen.

### Neue Fälschungen von 500 Mark-Scheinen.

Außer den bereits vor einiger Zeit gemeldeten falschen 500 M-Scheinen der Ausgabe vom 7. Juli 1922 ist jetzt eine weitere gefälschte Serie dieser Scheine festgestellt worden. Im Gegensatz zu den zuerst beanstandeten haben diese Fälschungen schlechten Druck, insbesondere sind die Unterschriften unleserlich. Auch weisen sie diesmal ein von der Unterseite her eingepreßtes, gut ausgeführtes Wasserzeichen auf. Die Faserstreifen der rechten blauen Seite sind sehr auffällig aufgedruckt. Die Scheine tragen blaue Seriennummern.

### Die Ankunft der Toulon-Gefangenen.

(S. B.) Stuttgart, 27. Dezbr. Die schon über die Weihnachtsfeiertage erwarteten, von Poincaré endlich „begnädigten“ letzten deutschen Kriegsgefangenen sind nun Mittwoch mittag in Stutt-

gart eingetroffen. Leider sind es wiederum noch nicht alle. Einer ist noch zurückgeblieben: Otto Reuter; er liegt noch transportunfähig im Touloner Spital. Auf dem Bahnhof war die Begrüßung nicht minder herzlich als früher. Von der Regierung war Ministerialrat Schmuder, von der Kriegsgefangenenstelle Rittmeister Gömmel, von der Stadt Direktor Wübinger, sowie Damen des Roten Kreuzes mit Blumen und der Schweizer Delegierte Ney anwesend. Die Heimkehrer machten einen guten Eindruck, es sind lauter Norddeutsche.

### Der Prozeß gegen den Stuttgarter Wirtsverein.

(S. B.) Stuttgart, 23. Dezbr. Die beiden Vorstehenden des Stuttgarter Wirtsvereins, Restaurateur Alfred Mayer zur „Lieberhalle“ und Hotelier Fritz Steffel zum „König von Württemberg“ waren samt dem Geschäftsführer des Landesverbands der Wirte Württembergs und Redakteur der „Wirtszeitung“, Oskar Jeneck, von der Wuchererkammer I wegen Aufzucht zu übermäßiger Preissteigerung von Gegenständen des täglichen Bedarfs angeklagt. Gegen alle drei waren seinerzeit Haftbefehle erlassen und Alfred Mayer eine Nacht und einen Tag im Stadtdirektionsgefängnis festgehalten worden. Die Angelegenheit erregte im ganzen Lande großes Aufsehen, beschäftigte den Landtag in einer kleinen Anfrage der Deutschdemokratischen Partei und führte auch zu einer gewaltigen, aus dem ganzen Lande besuchten Protestversammlung der Wirte. Der Andrang zur Gerichtsverhandlung war so stark, daß die Wuchererkammer im großen Schwurgerichtssaal tagen mußte, der unten und auf den Tribünen während der ganzen neunstündigen Dauer des Prozesses überfüllt war. Der Anklage lag zugrunde, daß in einer auf Verlangen von Mitgliedern einberufenen Versammlung von Wein- und Mostwirten am 14. November beschloffen worden war, Mindestpreise festzusetzen, und in der Vereinszeitung bekanntzugeben, daß 1922er Weine nicht unter 40 M, 1921er nicht unter 90 M, 1920er nicht unter 60 M das Viertel, Obstmost nicht unter 30 M das Liter, Laugenbreheln und Brötchen nicht unter 18 M bei einem Ankaufspreis von 15 M an die Gäste verkauft werden sollen. Das Wucheramt erblickte darin ein Vergehen der Preistreibererei. Die Verhandlung vor der Wuchererkammer leitete der Vorsitzende, Landgerichtsrat Voghammer, die Anklage vertrat Staatsanwalt Köhr, die Angeklagten wurden verteidigt durch die Rechtsanwältin Dr. Steinhardt, Rechtsanwalt Maier und Dr. Fenzlberger. Eine große Reihe von Zeugen und Sachverständigen, unter letzteren zwei Vertreter der Landes- und städtischen Preisprüfungsstellen waren abgehört. Die Vernehmung der Angeklagten ergab, daß diese in gutem Glauben gehandelt hatten und daß ihnen die Absicht einer Preistreibererei fern lag. Die eingehende Beweisaufnahme gestaltete sich durchaus zu ihren Gunsten. Die Vertreter der Preisprüfungsstellen vermochten nicht von der Richtigkeit ihres Standpunktes zu überzeugen, zumal da die anderen Sachverständigen nachwiesen, daß die von den Gastwirten berechneten Gestehungskosten nicht zu hoch, sondern zu niedrig seien. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt gegen Mayer 20 000, gegen Steffel und Jeneck je 15 000 M Geldstrafe und Publikation. Das Gericht schloß sich aber der Auffassung und den Anträgen der Verteidigung an und erkannte in dem am Samstag mittag um 12 Uhr verkündeten Urteil auf Freisprechung.

(S. B.) Sindelfingen, 27. Dezbr. Einem Landwirt wurden in der Nacht zum Mittwoch zwei Ziegen im Stalle abgegraselt und gestohlen, ohne daß man bis jetzt der Täter habhaft werden konnte.

(S. B.) Stuttgart, 27. Dezbr. Nach einer Mitteilung des Stat. Landesamts befanden sich Mitte Oktober 1922 mindestens 7600 Ausländer in Stuttgart gegen 6607 bei der letzten Friedenzählung 1910. Das wesentliche des Vergleichs ist der Ersatz der Italiener durch Russen bezw. Polen und die Zunahme überhaupt, die etwa 15 Prozent beträgt. Die Ausländer hoben mindestens dreimal rascher zugenommen als die Inländer.

## Gedenket der Heimatnotspende!

die in jenen Abschiedstagen so besangen und gedrückt geklungen hatte, oder ob sie seine Stimme unter allen Umständen erkannt haben würde, sie fuhr zusammen, sah ihn mit weit offenen Augen an, und ihr Gesicht bedeckte eine dunkle Glut, die sich bis in die Stirn und den Hals verbreitete.

„Kennst du mich nicht mehr, Justine?“ setzte er hinzu. „Hätt' ich dich angesehen, so hätt' ich dich gleich erkannt“, sagte sie. „Du bist's Erhard?“

„Ich bin's!“  
Zaghaft ergriff sie die dargebotene Hand, aber in dem Drude, den sie ihm erwidern gab, glaubte er ein volles Herz zu empfinden.

„Ich darf aber nicht mehr du sagen“, setzte sie hinzu, indem sie einen schwachen Versuch machte, die Hand zurückzuziehen.

„Warum nicht?“ fragte er, ihre Hand festhaltend. „Zu einem verheirateten Mann schickt sich's nicht“, erwiderte sie.

„Ich bin nicht verheiratet“, sagte er.  
Sie schrak zusammen, und die Ahnung dessen, was nun kommen würde, drückte sich, während sie zurücktrat, in ihren ängstlich verworrenen Zügen aus.

„Im Gegenteil“, fuhr er fort, „alle Bekanntschaften und Erfahrungen mit den Weibern in diesen sieben Jahren haben bloß dazu gedient, mich zu überzeugen, daß es nur eine gibt, mit der ich leben kann. Ich will gleich Trumpf ausspielen, denn Herz ist Trumpf. So hart du mir's gemacht hast, Justine, so hab' ich dich doch seit unserem Abschied beständig im Herzen getragen, und da bin ich jetzt und will dich fragen, ob du mich abermals gehen heißen kannst!“

Ein Zittern hatte sich während dieser Worte Justinens bemächtigt; es überflog ihren ganzen Körper, und sie

bebt zulezt so heftig, daß sie sich setzen mußte. Sie schlug die Hände vor das Gesicht und begann zu schluchzen.

„Du gibst mir keine Antwort?“ fragte er.

Sie schwieg und schluchzte lauter.

Auch er schwieg eine Weile und sah dem rätselhaften Benehmen zu, dann rückte er sich einen Stuhl zu dem ihrigen, setzte sich zu ihr und hob an: „Justine, vor sieben Jahren bin ich ein Kind gewesen und bin von dir fortgelaufen wie ein Narr, statt dich vernünftig zu fragen, was dir im Kopf stecke. Heut bin ich kein Kind mehr, die Welt hat mich erzogen und gebildet, heut wirst du mich nicht so leicht mehr los. Justine, ich will dir was sagen“ — er zog ihr sanft die Hände von dem in Tränen gebadeten Gesicht — „du hast nichts gegen mich gehabt, wie ich damals in meiner Einsamkeit gemeint habe, im Gegenteil, du hast mich lieb gehabt und hast mich heut noch lieb, ich hab' es lang gewußt, und jetzt, seit diesem Wiedersehen, weiß ich's ganz gewiß. Komm und leugne mir es einmal. Sag nein.“

Sie schwieg und suchte ihr Gesicht wieder zu bedecken, aber er ließ ihre Hände nicht los, und ihre Augen suchten vergebens eine Zuflucht, wo sie sich verbergen könnten.

„Keine Antwort ist auch eine Antwort“, fuhr er fort. „Was hast du also für einen Grund, daß du nicht einwilligen willst, mein Weib zu werden? Es muß was besonderes sein. Du bist es mir und dir schuldig, zu sagen, was zwischen uns steht, und ich werde nicht von dannen, bis ich's weiß. Steh mich an und sag mir, was du hast!“

Sie starrte mit den geröteten Augen vor sich hin. „O Gott!“ rief sie endlich, „wie schwer bin ich getraut, daß ich diese Pein zum zweitenmal durchmachen muß!“

(Fortsetzung folgt.)

## Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

Justine trat herein und grüßte, ohne dem Fremden mehr als einen flüchtigen Blick zu schenken, während Erhard mit Herzklappen seinen Augen das Wiedersehen in vollen Zügen gönnte. Der Wirtswirt hatt die Wahrheit gesagt: die sieben Jahre waren spurlos an ihr vorübergegangen, und das gereifte, verständige Aussehen, durch das sie sich schon in früher Jugend von anderen Mädchen unterschieden hatte, ließ sie jetzt kaum älter erscheinen, als sie damals schon erschienen war, denn das bräunlich blasse Gesicht hatte die Frische der Jugend behalten; ja, sie kam dem ausgebildeteren Bilde des Wirtshausers schöner vor, weil sie um die Hüften etwas schlanker geworden war, so daß die überkräftige Fülle der Gestalt durch die Schule des Lebens gemodert ausjah, was zu den dunkler gewordenen Haaren und der ergebnisvollen Ruhe der glauen Augen in gutem Einklange stand. Erhard fragte sich, ob sie wohl in dieser langen Zeit an ihn gedacht, ob sie sich nicht nach ihm gesehnt, ob sie nie das Wort, das ihn fortgetrieben, bereut habe. Sie hatte sich ihm inzwischen genähert und stellte den Wein auf den Tisch. Er kleidete die Erregung des Augenblicks in einen Scherz und erlaubte sich, den Arm um ihren Leib zu schlingen, wie mancher Gast in jedem Mute bei einer Kellnerschönen zu tun pflegt. Sie entschlüpfte ihm behend mit einer gleichmütigen Miene, die ihm zu sagen schien, die Vertraulichkeit möge wohl nach seinem Geschmade sein, aber nicht nach dem ihrigen.

„So spröde, Jungfer?“ sagte er.  
Ob nun der bebende Ton, der schlecht zu dem Scherze paßte, besonders geeignet war, an die Stimme zu erinnern,

(S. B.) Nürtingen, 27. Dezbr. Dem Bildhauer Gottfried Mayer von Nürtingen ist von der königlich-norwegischen Regierung ein Reisestipendium von 1000 norwegischen Kronen bewilligt worden.

(S. B.) Gosbach O. Geislingen, 23. Dezbr. Bei einem Güterverkauf auf dem hiesigen Rathaus wurde eine 27 Ar große Baumwiese gestern vormittag auf 250 000 M. gesteuert und am Abend kam sie bei einem nochmaligen Verlauf auf 350 000 M. Der Käufer ist ein lediger Stukkatör, der in Holland arbeitete, und dem der Verkaufsertrag erlaubte, ein Grundstück zu diesem Preis zu erwerben.

(S. B.) Griesingen O. Ehingen, 23. Dezbr. Am letzten Dienstag kam der ledige Ruppert Braig der Transfusion zu nahe und wurde am rechten Arm schwer verletzt. Der herbeigerufene Arzt stellte fest, daß das Schultergelenk auseinandergerissen und die Hauptschlagader verletzt sei. Der Verletzte mußte ins Krankenhaus verbracht und der Arm weggenommen werden. Bevor aber dies geschehen konnte, trat durch innere Verblutung der Tod ein.

(S. B.) Klosterreichenbach, 27. Dezbr. Einige junge Burschen vergnügten sich mit Böllerschüssen. Als ein Schuß nicht rechtzeitig losging, wollte der 15jährige Sohn des Fuhrmanns Weber nachsehen und das Pulver herausnehmen. Obwohl er schon einen großen Teil davon entleert hatte, ging der Schuß doch noch los und dem Burschen direkt ins Gesicht. Nach Anlegung eines Notverbandes mußte er ins Bezirkskrankenhaus Freudenstadt verbracht werden. Ein Auge gilt als verloren und das andere ist noch in Gefahr.

(S. B.) Heilbronn, 26. Dezbr. Ch. Laichle telegraphiert von seiner Amerikareise aus Milwaukee, daß 5000 Dollars als Weihnachtsgabe für die Volkshochschule gestiftet wurden. Das wären — bei Zugrundelegung eines Kursstandes von 6000 Mark pro Dollar — 30 Millionen Papiermark.

(S. B.) Feilbronn, 26. Dezbr. Das Urteil im Traub-Prozess wegen Störung einer Bismarcksfeier, bei der Traub sprach, lautet: Der Angeklagte Hammer wird zu einer Geldstrafe von 5000, Busch zu einer solchen von 3000 und Ruff zu 1500 Mark verurteilt.

(S. B.) Klein-Eislingen, 23. Dezbr. Das Dampf-Sägewerk Joh. Koch hat aus Anlaß seines 25jährigen Geschäftsjubiläums der Gemeinde Klein-Eislingen eine Schenkung von 500 000 Mark zur Unterstützung bedürftiger Einwohner überwiesen. Es wurde vereinbart, für das Geld 65prozentiges Weizenmehl zu kaufen und eine Kommission zu bestellen, die das Mehl an die Bedürftigen auszugeben hat.

(S. B.) Berg O. Ravensburg, 27. Dezbr. Nicht wenig überrascht waren die Angehörigen eines Landwirts in Unterdenolschhofen, als sie am Christfest vom Gottesdienst nach Hause kamen und sämtliche Zimmer, Küsten und Kommoden aufgebrochen und durchwühlt voranden. Diebe hatten die Abwesenheit der Hausbewohner benutzt, um Kleidungsstücke, Betten, Schuhe, bares Geld usw. im Gesamtwert von circa 300 000 M. zu stehlen.

### Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.  
Der Dollar galt gestern 7393 M., der Schweizer Franken 1385 M.

### Der Stand der Winterfaat.

Der Monat November brachte wiederum häufige Niederschläge, so daß die Rasse fortbauerte, mehrmals auch Frost und gegen Ende des Monats (am 27. und 28.), nachdem bereits um die Mitte des Monats in den hochgelegenen Teilen des Landes (Alb und Schwarzwald) eine Schneedecke sich gebildet hatte, einen Vorstoß des Winters mit starker Schneedecke selbst in den mildesten Gegenden des Landes, die aber schon tags darauf infolge unvermittelt eingetretenen Tauwetters fast bis in die höchst gelegenen Gebiete wieder wegschmolz. Die frühzeitig in den Boden gebrachten Saaten, die aber nur den weitaus kleineren Teil der gesamten Winterfaat ausmachen, haben sich gut entwickelt und zeigen im allgemeinen einen gesunden, kräftigen Stand. Die späteren Saaten konnten infolge der nächtlichen Witterung noch nicht recht aufgehen und angrünen und vielfach sind sie noch nicht oder kaum erst zum Vorschein gekommen. Viele für die Winterfaat bestimmte Acker, in manchen Orten bis zu 1/2, konnten infolge der heuer so spät wie kaum je geleerten Felder und wegen der ungünstigen Witterung bis anfangs Dezember überhaupt noch nicht angefüllt werden und es ist damit zu rechnen, daß die Aussaat, weil die Zeit zu weit vorangeschritten ist und auch wegen der übermäßigen Rasse im Boden, überhaupt nicht mehr vorgenommen werden kann und daß auf diesen Ackern im nächsten Frühjahr die Aussaat mit Sommerfrucht erfolgen muß.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw.  
Druck und Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei Calw.

### Stammheim.

## Schafweide-Verpachtung.

Am Samstag, den 30. Dezember 1922, nachmittags 1 1/2 Uhr,

wird die Gemeinde-Schafweide auf dem Rathaus neu verpachtet. Die Weide darf mit 200 Stück befahren werden.

Gemeinderat.

Breitenberg, den 28. Dezember 1922.

### Todes-Anzeige.



Tiefbetrübt geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater, Bruder u. Schwager

## Matthäus Flaig

ref. Gemeindepfleger

im Alter von 59 Jahren unerwartet rasch nach kurzer, schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Samstag Vormittag 11 Uhr.

## Bei Verkäufen

erleidet man sehr leicht wirtschaftliche Schädigungen, die in der jetzigen Zeit besonders schwer empfunden werden.

## Vermeiden

lassen sich derartige Verluste leicht, wenn man sich eine Tages-Zeitung hält, die über Preisbildungen jeder Art berichtet.

## Bestellen

Sie deshalb auf 1. Januar das Calwer Tagblatt, das über alles Wissenswerte rasch u. zuverlässig berichtet

## Die Vorteile

auf wirtschaftlichem Gebiet bringen den Bezugspreis reichlich wieder ein.

Zu unserer am Samstag, den 30. Dezember 1922 stattfindenden

## Hochzeits-Feier

im Gasthaus zum „Döhen“ in Calw laden wir freundlichst ein.

Rudolf Beck, Calw.

Sofie Böhreinger, Unterreichenbach.

## Elektro-Motore

weit unter Tagespreis:

1 St. 7,5 Ps. 220 Volt	gebraucht	390 000 Mk.
2 " 5 " 220 330	fabrikneu	330 000 "
1 " 4 " 220 380	fabrikneu	350 000 "
1 " 3 " 220 380	fabrikneu	200 000 "
1 " 3 " 220 380	neue	180 000 "
2 " 1,5 " 220 380	neue	140 000 "
1 " 1,5 " 220	gebraucht	80 000 "
1 " 0,5 " 220 380	fabrikneu	100 000 "

Sämtliche Motore sind sofort ad Lager lieferbar. Zusätze u. in f. Vorbe. bitten.

## Christian Kurz, Calw,

Technisches Büro :: Fernsprecher 57.

### Schwarze Lederhose

mit Saum am Dienstag Abend in d. Methodienkap. abhanden gekommen. Der ehrliche Finder wolle dieselbe gegen Belohnung abgeben in der Geschäftsstube dieses Blattes.

### Zugelassen junger Hund

(Bischer). Abzugeben geg. Einrückungsgebühr u. Futtergeld bei Johann Bauer, Liebenzell.

### Salz

roh od. geschmolzen, sowie sonstige Fettsäuren gegen Seife ein K. Hauber. Guterhaltener

### Piano

wird gegen Barzahlung zu kaufen gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

### Bersteigerung.

Bezugsahaber verkaufe ich morgen Freitag m. tag 1 Uhr im Hofe des Versteigerungsamtes Calw gegen sofortige Barzahlung:

- 1 doppelwandigen zerlegb. Hühnerstall, 19 lfd. m
- 1 Drahtgeflecht 2 m hoch samt Posten und Lure, sowie 7 bereits leg. Minorha-Hühner.

Außerdem habe ich noch ein kleineres Quantum Mais abzugeben.

Krone, Berm.-Sehr., Calw.

### Gummi-Mantel

modern Friedensqualität, billig zu verkaufen Bindner, Bahnhofsstraße 410, Laden.

### Kaufe einige Benzin-Täffer

Andreat, Hirsau.

## Wand-Kalender für das Jahr 1923

mit Märkteverzeichnis.

Zum Preise von 10.— Mk. zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Am Samstag, den 30. Dezember vormittags 9 Uhr verkauft reime

### Milchschweine.



Fr. Ziegler, Röttenbach.

Monacham. Eine ältere

### Muz-Ruh



verkauft Gottlieb Bäuerle.

Am Freitag, vorm. von 9 Uhr ab verkauft

### Ruh



m. ca 61 Stück für 2-3 Mon. in gute Hände zu verstellen. Anbler, zum „Hirsch“, Bad Teinach.

### Stier.



Seibt, Alzenberg.

## Plannkuch & Co

Zu

## Sylvester:

Rotwein, Weißwein, Rum, und Arrac

Verjährt, Punischeffenz, Weinbrand

verschiedene Marken wie

Urbach-Uralt, Winkelhausen

usw.

Verschiedene Liköre.

## Plannkuch & Co

G. m. b. H. in den best. Verkaufsstellen



## Private

Druckachen aller Art, wie: Verlobungs- und Vermählungsanzeigen, Geburtsanzeigen, Tisch-Karten, Speisefolgen, Einladungen, Besuchskarten, Danklagungen

liefern wir rasch

## A. Dellschläger'sche

Buchdruckerei Calw

Von amtlich...  
lands hin...  
Regierung...  
terung ge...  
Militären...  
der techn...  
strenge...  
daß die...  
Bömen...  
entwertun...  
waren, zu...  
Seite wie...  
sehlungen...  
raus nicht...  
geleitet w...  
zahlung.

Das Repa...  
genstand...  
Poincaré...  
scheinen d...  
zu sein...  
mission er...  
Schuld, d...  
Nichtein...  
ler hat zu...  
sch an de...

Die Drie...  
schen Bun...  
Nicht gege...  
an Auslä...  
Staates u...  
das üblich...

Die Rech...  
Eine...  
a...  
Verlin, 2...  
Poincaré im...  
Poincaré sog...  
Zahlungspla...  
deute, und...  
Zurückbleibe...  
Pfänder zu...  
mäßige Grun...  
nichts erwün...  
Denn es ist...  
Vertrag geg...  
Linie muß i...  
Verfaller V...  
Zahlung von...  
zweideutiger...  
ihre Grenze...  
benotwendig...  
Kommission ist...  
blich unter...  
Leistungsfähig...  
Zahlungsfrist...  
Ausgaben für...  
und Rohstoffe...  
parationsfähig...  
rang vor alle...  
Verträge hab...  
1919 stellt aus...  
sichtigung der...  
lands vorgele...  
tung seiner...  
Erfüllung des...  
feiten überstei...  
gierung also...  
schläge für ein...  
ich entsprechen...  
besondere Ver...  
an beliebige...  
macht von eine...  
Gebrauch, Poi...